Insolvenzverwalter ist jetzt an Bord

Elbferry GmbH ist das Geld ausgegangen / Löhne nur noch für drei Monate gesichert / Kann die Politik die Fährlinie retten?

Von Thomas Sassen

CUXHAVEN/BRUNSBÜTTEL. Dunkle Wolken über dem Steubenhöft. Bei der Elbferry GmbH steht seit Montag der Insolvenzverwalter mit auf der Brücke und bestimmt den weiteren Kurs der Fährlinie. Das Kapital ist aufgebraucht, die Schulden wachsen von Tag zu Tag und das beantragte Coronaausfallgeld von rund 850 000 Euro ist ausgeblieben. Dazu kommen die jahreszeitlich bedingten geringen Passagierzahlen und ein Preis für den Treibstoff LNG (Flüssiggas), der durch die Decke gegangen ist. In dieser Situation blieb Geschäftsführer Heinrich Ahlers nichts anderes übrig, als beim Amtsgericht Cuxhaven Insolvenz zu beantragen.

Die saisonbedingt schwachen Beförderungszahlen und die hohen Treibstoffpreise haben die **Fährgesellschaft** in Schieflage gebracht. Fotos: Sassen

„Wir haben Insolvenz beantragt, fahren aber weiter“, sagte Ahlers am Morgen vor der Pressekonferenz an Bord der „Greenferry I“ sichtlich mitgenommen.

Am Montag hatte er den Insolvenzantrag beim Amtsgericht Cuxhaven gestellt, nachdem das schleswig-holsteinische Wirtschaftsministerium am Donnerstag eine Absage bezüglich der beantragten Coronaausgleichszahlungen erteilt hatte. „Das ist mir völlig unverständlich“, kommentierte Ahlers das. Nun hat der Bremer Rechtsanwalt Berend Böhme die Geschäftsführung vorläufig übernommen. Zusammen mit Ahlers informierte der 49-Jährige am Dienstagmorgen die Belegschaft zunächst auf der Cuxhavener und dann auf der Brunsbütteler Seite.

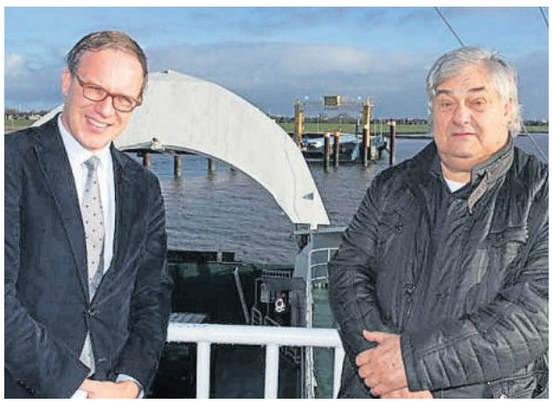
Löhne bis Ende Januar sicher

Den 49 Mitarbeitern versicherte Böhme, dass die Löhne und Gehälter für die kommenden drei Monate bis Ende Januar gesichert sind. Sichergestellt sei auch, dass die Bunkerkosten beglichen werden, um den Fährdienst weiter in vollem Umfang nach dem gültigen Winterfahrplan aufrechtzuerhalten. Mittel- und langfristig werde er nun nach Mitteln und Wegen für eine alternative Finanzierung suchen müssen, so Böhme, wobei er dabei auch an die öffentliche Hand denkt. Nun werde sich beweisen müssen, was den Ländern und Kommunen der Erhalt der umweltfreundlichen Fährverbindung wert ist, sagte Böhme im Pressegespräch. Er werde versuchen, relativ rasch einen runden Tisch mit den Entscheidern zu organisieren. Dort sollten die Zahlen aus dem Wirtschaftsbetrieb offen gelegt und dann entschieden werden, ob eine Perspektive für den Weiterbetrieb bestehe.

Nach seinen bisherigen Erkenntnissen habe die Fährlinie über die drei Sommermonate positive Zahlen geschrieben. Die Gewinne hätten möglicherweise auch gereicht, um über den Winter zu kommen, wenn nicht die ersten drei Monate (nach dem Start am 1. März 2021) wegen des Corona-Shutdowns fast ein Totalausfall gewesen wären.

Keine Corona-Hilfe

Ob gegen die Absage der Coronahilfen Widerspruch eingelegt wird, müsse noch geprüft werden.



Insolvenzverwalter Berend Böhme (l., 49) versuchte, beim Pressegespräch an Bord der Fähre Optimismus auszustrahlen. Er hat Heinrich Ahlers die Geschäftsführung abgenommen.

Womit die Reederei nach Einschätzung von Böhme nicht rechnen konnte, war, dass sich der Preis für den Treibstoff LNG innerhalb der vergangenen neun Monate verfünffachen würde.

Jetzt ist guter Rat teuer. Zunächst meldete sich Bernd Jothe von den Grünen, der daran erinnerte, dass der Rat der Stadt die Verwaltung schon früh damit beauftragt hatte, alternative Betriebsformen unter Beteiligung von Ländern und Kommunen auszuloten. SPD-Fraktionsvorsitzender Gunnar Wegener bricht ebenfalls eine Lanze für die Fähre. „Ich will alles dafür tun, dass die Verbindung erhalten bleibt.“ Er sehe die Fährlinie als Teil des öffentlichen Verkehrs. Er könne sich daher gut vorstellen, dass der Bund oder die Länder den Betrieb übernehmen und ausschreiben, um den Bestand zu sichern. In etlichen anderen Ländern wie Norwegen, den USA oder auch Italien gehörten Fährlinien in aller Regel zur öffentlichen Verkehrsinfrastruktur, meint Wegener.

„Ein schwerer Schlag“

Einen schweren Schlag für die Region nennen CDU-Staatssekretär Enak Ferlemann und CDU-Landtagsabgeordneter Thiemo Röhler die Nachricht. Die Ablehnung der Coronahilfe scheint ihnen nicht plausibel und müsse überprüft werden. Länder und die anliegenden Kommunen sollten jetzt zügig versuchen, im vorgegebenen rechtlichen Rahmen zu unterstützen. Überleben könne die Linie nur, wenn als wirtschaftliche Basis ausreichend Lkw transportiert würden. Der Bund komme für eine Förderung nicht infrage, so Ferlemann.

Grünen-Bundestagsabgeordneter Stefan Wenzel spricht von einem Alarmruf. Er fordert von Bund, Ländern und Kommunen jetzt eine „gemeinsame Kraftanstrengung zur Rettung der Fähre“.